

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 82. Ratssitzung vom 16. Dezember 2015

1526. 2015/296

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2016

Antrag des Stadtrats

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2016 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 800 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivative Geschäfte einzusetzen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Rebekka Wyler (SP): *Der Stadtrat erläutert in der Weisung, wie sich Nettoinvestitionen entwickeln, welche Anleihen wieder zur Rückzahlung kommen und kommt auf einen Mittelbedarf von 1 Milliarde Franken. Es gibt aber auch Auflösungen, den Abbau von Liquiditäten und Festgeldanlagen, was am Schluss den Betrag von 800 Millionen Franken ergibt. Der Stadtrat beantragt, bis zu diesem Betrag Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassenscheine auszugeben. Die RPK-Mehrheit beantragt, dieser Weisung zuzustimmen.*

Kommissionsminderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Da es um einen relativ grossen Betrag geht, wollten wir wissen, in welcher Form die Mittel beschafft werden sollen. Dass es einen gewissen Liquiditätsbedarf gibt, der gedeckt werden muss, ist klar. Wir bekamen aber nur vage Auskünfte. Solche Mittelbeschaffungen hängen natürlich von der jeweiligen Marktsituation ab, aber was für Tranchen und welche Erwartungen mittelfristig dahinter stecken, hätte man näher erläutern können. Aufgrund der Investitionserfahrungen der letzten Jahre finden wir, dass der Finanzierungsbedarf nicht bei 800 Millionen Franken liegt, sondern tiefer, bei 600 Millionen Franken. Sollte dieser Betrag im Verlaufe des Jahres nicht ausreichen, kann der Stadtrat immer noch einen Antrag stellen. Bei anderen Weisungen und Anträgen werden bei kleineren Beträgen sämtliche Details verlangt und hier will man einfach 800 Millionen Franken durchwinken, ohne sich im Detail mit der Finanzbeschaffung auseinanderzusetzen.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Die Schuldenentwicklung der Stadt beobachtet man nur rudimentär. In den letzten Jahren hat die Stadt ihre Schulden auf 11 Milliarden Franken ausgebaut. Trotz fälliger 400 Millionen Franken Obligationenanleihen achtet man nicht darauf, dass*

diese irgendwo anders unterkommen, sondern man nimmt gleich wieder 800 Millionen Franken auf. Der Betrag kommt auch nur deswegen zustande, weil man gleichzeitig 230 Millionen Franken der Liquidität genutzt hat, sonst würde man darüber liegen. Man fährt also mit der Liquidität zurück und baut die Schulden aus. Wenn nicht jetzt in dieser tiefen Zinsphase, wann dann? Das geht vielleicht noch für das nächste Jahr gut. Aber im Hinblick auf die nächsten 15 oder 20 Jahre ist das unerträglich. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Man hat eine grosse Chance vertan, dieses Rad zum stoppen zu bringen. Die SVP macht hier nicht mit.

Dr. Mario Babini (parteilos): *Die Erklärungen können nur vage sein, denn man kann nicht genau wissen, wie sich die Zinslandschaft mittel- bis langfristig entwickelt. Klare Aussagen zu erwarten, wie die Beschaffungen erfolgen müssen, ist deshalb völlig unwirtschaftlich. Gleichzeitig muss die Stadt die nötige Flexibilität haben, um auf die Marktentwicklung relativ kurzfristig zu reagieren. Daher wäre es auch nicht sinnvoll, den Betrag um 200 Millionen Franken zu kürzen.*

Roger Liebi (SVP): *Wenn es um Flexibilität gehen würde, würde man jetzt nicht von einem mittel- und langfristigen Finanzbedarf reden. Die kurzfristigen Gelder werden explizit abgebaut. Hier geht es, wie in den letzten Jahren immer wieder, um mittel- und langfristige Schulden.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Es heisst: Spare in der Zeit, so hast du in der Not. In der heutigen Zeit, angesichts unserer aktuellen Zinssituation, muss man sagen: Verschulde dich, wenn es günstiger ist, dann ist es billiger, wenn die Not tatsächlich kommt.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2016 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von ~~800~~ 600 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kассascheine auszugeben und bei zusätzlichem Bedarf dem Gemeinderat einen entsprechenden Antrag zu stellen sowie zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| Minderheit: | Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP) |
| Enthaltung: | Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

3 / 3

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Beschaffung der im Jahr 2016 erforderlichen Mittel bis zum Betrag von 800 Millionen Franken Anleihen und langfristige Darlehen aufzunehmen oder Kassascheine auszugeben und zur Optimierung der Kosten der Mittelbeschaffung und zur Bewirtschaftung der Zinsrisiken auch derivate Geschäfte einzusetzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 23. Dezember 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Januar 2016)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat